

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Filialen für Prof. Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Sous-Str. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16.150.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.
incl. Belegblätter 5 M.
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 M.
mit Postbeförderung 45 M.
Inserate 36 Pf. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung proannuando
oder durch Postvorschuß.

№ 213.

Dienstag den 6. Juli 1880.

74. Jahrgang.

Holzauktion.

Montag, den 12. Juli c. sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf den Mittelwaldschlägen in Abtheilung 41a und 42a ca. 200 **Gausen klein gemachtes Stochholz** unter den öffentlich angeschlagenen Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne, am Nonnenwege und der nassen Biefe.
Betzsig, am 29. Juni 1880.
Des Raths Forstdeputation.

Der Kanzler und das Tabaksmonopol.

Fürst Bismarck besitzt bei aller Kühnheit im Angriff widerstrebenden Elementen gegenüber eine wunderbare Fähigkeit, wenn es sich darum handelt, cunctando, wir meinen durch verschlagenes Abwarten, seine Lieblingspläne zu fördern. Von dieser Methode der Staatskunst gilt das Scherzwort „on revient toujours à ses premiers amours.“ Fürst Bismarck begibt und pflegt mit wahrhaft platonischer Begeisterung, bald offen, bald im Verborgenen dafür schaffend, eine Idee, welche von dem System seiner Wirtschaftspolitik kaum trennbar ist: die Einführung des Tabaksmonopols im neuen Deutschen Reich! Ueber die speciellen Absichten des Fürsten, über den Stand der „Reise“ des Projectes gehen die verschiedenartigsten Gerüchte um. Wie uns scheinen will, ist es eine Pflicht der Presse, dieses sensationelle Thema nicht aus den Augen zu verlieren, um vom Leser Ueberraschungen fern zu halten. Der Reichskanzler pflegt zu handeln, wenn es an der Zeit ist und die Gelegenheit da zu ergreifen wo er sie findet.
Betrachten wir zunächst die parlamentarische Lage! Für die innerpolitischen Verhältnisse ist die preussischen und die deutschen Interessen und hier von einander nicht zu trennen — spilt genug für die vorgeschrittene Jahreszeit die todt Saison angebrochen, nachdem nach beinahe neunmonatlicher Dauer die parlamentarische Campagne in Berlin geschlossen worden. Die Ferienzeit wird inbezug diesmal recht kurz sein, bald genug wird man wieder von den Vorbereitungen für den preussischen Landtag oder den deutschen Reichstag hören, obgleich noch nicht einmal festgestellt, welche von beiden Körperschaften diesmal früher einberufen werden soll.
Das mehr Naturgemäße wäre, den Reichstag vor den Einzellandtagen arbeiten zu lassen; und der Reichstag ist ja auch für diesen Gedanken oft genug, sehr nachdrücklich noch in der letzten Session, eingetreten, aber der Kanzler, der von seinem pommerischen oder lauenburgischen Insulcum nicht gern vor Weisnachrichten in die „Stadt“ zurückkehrt, wollte bisher Nichts davon wissen. Jetzt, wo er gesonnen ist, sich der Theilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen ganz zu entschlagen und lediglich den „ministeriellen“ Arbeiten zu leben, sieht er die Sache vielleicht gleichgültiger an und giebt seinen Widerspruch auf. Freilich, sollten die dunklen Gerüchte über die beabsichtigte Wiederaufnahme des Tabaksmonopol-Projectes, die jetzt wieder einmal durch das Land gehen und durch die eigenthümliche Geschäftsbearbeitung der Straßburger Tabaksmanufactur eine Art von Bestätigung zu finden scheinen, im Herbst sich bewahrheiten, so müßte Fürst Bismarck seiner Entlassung in parlamentarischen Dingen entsagen, denn nur Er persönlich, wenn Jemand überhaupt, ist im Stande, die betreffende Vorlage im Reichstage zur Annahme zu bringen! In Süddeutschland nimmt man das eben erwähnte Verfahren der Straßburger Tabaksmanufactur offenbar sehr ernst. Auf die Nachricht hin, daß diese Reichsanstalt von August I. an in Berlin, Frankfurt, München und Stuttgart Verkaufsstellen ihrer Regieabgabe errichten werde, hat das in Frankfurt a. M. versammelte gewesene „süddeutsche Comité des Vereins deutscher Tabaksfabrikanten und Händler“ eine Broschüre unter dem Titel „Materialien zur Beurtheilung der Straßburger Tabaksmanufactur“ erscheinen lassen, an deren Schluß alle, „die es mit der Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes gut meinen“, aufgefodert werden, bei den Staats- und städtischen Behörden und kaufmännischen Corporationen dahin zu wirken, „1) daß die illoyalen geschäftlichen Manipulationen, womit die kaiserliche Tabaksmanufactur in Straßburg der deutschen Privatindustrie eine tödtliche Concurrenz bereitet, sofort sistirt werde, 2) daß die Einheilung des staatlichen Betriebs der Tabaksmanufactur baldigst erfolge.“ Die Handelskammer zu Frankfurt am Main hat in ihrer letzten Sitzung bereits die Frage behandelt, ob das Ganze nicht als ein Versuch zu betrachten sei, die Verwirklichung des Monopols vorzubereiten. Sie hat diese Frage bejaht und beschloffen, an die Staats- und Reichsbehörden die Bitte zu richten, die Aufhebung der Tabaksmanufactur als Staatsanstalt befürworten zu wollen.
Daß diese Schritte Erfolg haben sollten, ist nach unabweislich gemachten Erfahrungen zu schlie-

ßen, kaum zu erwarten. Es wird aber eine Pflicht aller Interessenten sein, wenigstens rechtzeitig ihre Wünsche auszusprechen und für eine entschiedene Vertretung derselben im Reichstage Sorge zu tragen, denn Niemand wird mehr leugnen können, daß die Idee des Tabaksmonopols aufgehört hat, ein harmloses Phantom zu sein. Fürst Bismarck selbst weiß am besten, daß bloße Ideen wohlfeil wie Brombeeren sind, und daß nur Thaten den Mann machen.

Politische Uebersicht.

Betzsig, 5. Juli.
Wir kommen auf die letzten parlamentarischen Vorgänge in Berlin mit einigen Worten zurück. Die am Sonnabend beendigte Debatte des Herrenhauses über das Kirchengesetz entbehrte zwar insofern jeder dramatischen Spannung, als das Resultat derselben von vornherein feststand. Es schied aber doch nicht an manchen bemerkenswerthen Punkten in der ermüdenden Gründlichkeit, mit der die meisten Redner verfahren. Zum ersten Male ist zwar nicht officiell, aber doch von einer Stelle, welcher die englische Fühlung werden kann, die Nachricht bekräftigt worden, daß, selbst wenn der Bischofsartikel Gesetz geworden wäre, eine Annäherung der Erzbischöfe Melchers und Ledochowski außerhalb aller ernstlichen Erwägung gelegen hätte. Zum ersten Male auch wurde von conservativer Seite, und zwar von dem nämlichen Redner, dem Grafen Stolberg, ein kräftiger Protest gegen die Zulassung der Jesuitenkolle in collegium germanicum in Rom und verdammt deutschfeindlicher Bildungsanstalten erhoben. Ueberhaupt machte sich bei den beiden evangelischen „Herren“, die zum Wort kamen (die Mehrzahl der Redner gehörte der katholischen Confession an), ein ungleich härteres protestantisches Bewußtsein geltend als bei der Reden des Abgeordnetenhaus. So entschiedene Worte der Abwehr gegen den Geist des Ultramontanismus, wie sie die Herren Dove und Graf Stolberg fanden, hat man in dem Saale am Dönhofsplatz während der ganzen mehrtägigen Verhandlungen nur von liberalen Stimmen zu hören bekommen. Die Ausführungen des Cultusministers, welcher das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt als Abschlagszahlung acceptiren zu wollen erklärte, haben unser Frachtschiff nicht die Bedeutung einer neuen überraschenden Kundgebung, wie man sie ihnen in einzelnen Kreisen beimißt. Denn sie enthalten Nichts, was nicht schon längst für die politische Welt feststand, nämlich die Ansicht auf eine spätere Wiedereinbringung der jetzt abgelehnten Artikel. Wenn übrigens Herr v. Puttkamer betont, daß für den Bischofsartikel weder er persönlich noch Fürst Bismarck die Verantwortung trage, sondern daß derselbe der vollen Solidarität des Gesamtstaatsministeriums seinen Ursprung verdanke, so ist damit formell nur etwas Selbstverständliches wiederholt, in so fern zu allen Vorlagen der Regierung an den Landtag die Zustimmung des Staatsministeriums verfassungsmäßig notwendig ist; materiell ist aber hierdurch die Frage nach der Autorschaft jenes vielberufenen Paragraphen nicht erledigt. Der Cultusminister selber mag ihm in der That ursprünglich ferngestanden haben. Denn es ist bekannt, daß der Entwurf unter der eigenen Mitwirkung des Reichskanzlers und nach persönlichen Conferenzen desselben mit den Räten des Cultusministeriums (man nennt speciell den Geh. Rath Häbler) zu Stande gekommen. Nachdem jetzt die Vorlage die parlamentarischen Körperschaften durchlaufen ist, und an der Sanction des Königs nicht zu zweifeln ist, darf man schon in den nächsten Tagen der Publication des Gesetzes „betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze“, wie der officielle Titel lautet, entgegensehen. Da der Kaiser nach neueren Dispositionen noch etwa bis zum 10. oder 15. Juli in Ems zu verweilen gedenkt, so wird auch dieses Gesetz, wie so manches hochbedeutende legislative Werk des letzten Jahrzehnts, das Datum des schönen Curorts tragen.
Die Spaltung der parlamentarischen Fraction der preussischen Nationalliberalen bei der Beratung des Kirchengesetzes giebt der „Post“ Veranlassung, für die Fusion des rechten Flügel dieser Partei mit den Freiconservativen zu plädiren. Das Berliner Blatt schreibt:

Wir sind hiernach der Meinung, daß eine maßvolle, von staatsmännischen Gesichtspuncten geleitete Partei, wie die nationalliberale unter Bennigsen's Führung es ist, füglich nicht fernern mit den einseitigen Partisanen, die in der Berliner Presse das große Wort führen, zusammengehen kann. Wer des Freihandels wegen den nationalen Standpunkt verläugnet, hat kein Anrecht mehr auf die Zugehörigkeit zu einer Partei, die das „national“ an der Spitze der Parteibezeichnung trägt. Eine Reinigung der Partei ist sonach allerdings notwendig, aber sie wird sich durch Ausscheidung der mehr rührigen als zahlreicheren, mehr agitatorisch geschulten, als wirklich bedeutenden linken Gruppe vollziehen müssen, welche dann ungleich besser sich der Fortschrittspartei anschließen können. Wenn das geschehen würde, die auch an Zahl nicht eben sehr geminderte nationalliberale Partei in der Möglichkeit geschlossener kraftvoller Auftretens die Gewähr dafür erblicken können, daß sie in ganz anderer Weise als bisher maßgebend für die Entwicklung der Gesetzgebung im Reich und in Preußen sein wird. Die Annäherung, welche im Verlauf der kirchenpolitischen Debatte zwischen der Bennigsen'schen Gruppe und den Freiconservativen und andererseits zwischen diesen und den, wie sich jetzt herausstellt, in ihrer überwiegenden Anzahl gemäßigten Conservativen sich vollzogen hat, giebt der Hoffnung Raum, daß der Zusammenschluß der gemäßigten Elemente auf beiden Seiten zu einer festen Verbindung durch die kirchenpolitischen Kämpfe erheblich stärkere Aussichten auf Verwirklichung gewonnen hat.
Die „Post“ wünscht, nach dem Grundsatz Divide et impera, eine Ferkung der nationalliberalen Partei, um den nach rechts neigenden Kumpf derselben dann um so leichter an die freiconservative Fraction angliedern zu können. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um verlorene Liebesmühen handelt; denn die Gründung einer „Partei Bismarck“ wird sicherlich ein Phantom der „Post“ bleiben.

Man schreibt uns aus Fulda, 4. Juli: „Es dürfte gewiß von Interesse sein, zu erfahren, wie man in ultramontanen Kreisen die Thatsache aufgenommen hat, daß das Rumpf-Canossagesetz schließlich doch mit geringer Majorität zur Annahme gelangt ist. Die Sprache der ultramontanen Parteiblätter darf dabei natürlich nicht als der Ausdruck der Ueberzeugung der Centrumsführer angesehen werden, denn diese Presse benutzt ihre Spalten ja nicht selten dazu, mit deren Leitartikeln die inneren Gedanken zu verbergen.“ „Unter sich“ reden die Herren aber ganz anders, unberufenen dritten Personen von jeder Mitwisserschaft auszuschließen. So schrieb vor einigen Tagen ein Mitglied der Centrumsfraction des Abgeordnetenhaus an einen hiesigen Priester etwa Folgendes: „Wenn wir aus tactischen Gründen auch gegen das Gesetz gestimmt haben, so sind wir innerlich über dessen Annahme doch sehr erfreut und bedauern nur das Eine, daß dem etwas unformigen und in nicht sehr geschickter Hand schwer zu dirigirenden Körper mehrere Gliedmaßen genommen worden sind, die unserer Sache viel hätten nützen können. Wie Dem aber auch sei, dieses Gesetz ist ein erster und schon ziemlich großer Schritt auf dem Wege nach Canossa, und unsere Freunde zweifeln gar nicht daran, daß die Reise sehr bald mit Extrapost und Curirspesen fortgesetzt werden wird, wenn wir nur standhaft bleiben und das offerirte Geschenk als ein absolut ungenügendes von der Hand weisen. Rückwärts kann die Regierung jetzt nicht mehr, und wenn sie vorwärts will, muß sie beim zweiten Gange wieder etwas Ordentliches fordern!“ In Weiteren wird uns als verblüht mitgetheilt, daß in vielen Diocesen die Curatgründlichkeit den geheimen Befehl gehabt habe, beim Messelesen ein Gebet für das Zustandekommen des Gesetzes in möglichst unveränderter Gestalt einzuschalten!
An Schwierigkeiten fehlt es im Reichslande nicht. General Wanteuffel findet nach seiner Rückkehr im Lande die ultramontane Partei gestärkt und die Protestpartei um nichts zurückhaltender. Das letztere kommt namentlich in dem Gemeinderath von Weß zu Tage, dessen Handlungen als der getreue Ausdruck der Anschauungen der Protestpartei gelten können. So wurden noch neulich, als die Neuvericherung der öffentlichen Gebäude in Frage kam, die deutschen Versicherungsgesellschaften aus geschlossen. Es geschah dies entgegen einer Vorstellung der Behörde und obgleich der Geschäftsbetrieb der französischen Versicherungsgesellschaften in Reichslande von zweifelhafter rechtlicher Zulässigkeit ist. Ein so herausfordernder Beschluß ist natürlich cassirt worden; aber es fragt sich doch, ob nicht ein noch entschiedeneres Quos ego gegen den frondirenden Gemeinderath am Platze wäre, zumal ja der Straßburger Gemeinderath seit seiner Auflösung zu keinen Klagen mehr Veranlassung gegeben hat.

Ueber das Ergebnis der Berliner Conferenz liegt eine Reihe von Telegrammen aus Wien vor, welche etwas mehr Licht in die noch ziemlich unklare Haltung der Mächte bringen. Die hoch-officiöse „Montagsrevue“ sagt: „Biewohl der Vermittlungsgedanke die Verhandlungen der Conferenz beherrscht habe, könne hieraus doch nicht geschlossen werden, daß die Mächte ihrer Entscheidung ausschließlich nur eine platonische Bedeutung beilegen wollten. Die Fortsetzung der Conferenz doch zu der Einsicht gelangen, daß Europa entschlossen sei, nicht mehr mit sich marxen zu lassen.“ Nach einem zweiten Telegramm soll die Collectiv-Note wegen der griechischen Grenze heute (Montag) in Konstantinopel überreicht werden. Momentan schwebt, so heißt es weiter, unter sämtlichen Mächten ein vertraulicher Ideenaustausch über Maßregeln gegen die Porte, falls letztere Europa trozt. Eine maritime Preßion scheint thätlich in Aussicht genommen zu sein, wemgleich noch nicht definitiv beschloffen. Nicht sämtliche Mächte würden an der Preßion activen Theil nehmen, jedoch wären die Mächte, welche Schiffe nach dem Orient entsenden, Manabatare Europas. In Konstantinopel herrscht ungeheure Aufregung. Die ultratürkischen petitioniren angeblich beim Sultan um Entfaltung der Propheten-Fahne und Verkündung des heiligen Krieges. Die Blätter melden, für die Christen in Konstantinopel bestehe die Gefahr eines allgemeinen Blutbades. In griechischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Grenzangelegenheit vorläufig nicht in ein acutes Stadium eintreten werde, da es der Porte nicht an Mitteln fehlen werde, die Sache in die Länge zu ziehen. Auf Nachgiebigkeit sei nicht zu rechnen, so lange der Albanese Abdidin an der Spitze des auswärtigen Amtes bleibe.

Wir knüpfen an diese Mittheilungen die folgende aus englischen Quellen geschöpfte Auffassung der Lage: Abdidin Pascha soll, nach der „Daily News“, über die griechischen Angelegenheiten geküßert haben, daß die Albanesen mächtig und entschlossen seien, den Kampf aufzunehmen; Thessalien und Epirus würden von Norden aus verstärkt werden. Inzwischen habe die Porte beschloffen, Epirus mit Albanien in eine Provinz zu verschmelzen. Wenn Griechenland weise sei, werde es einwilligen, anderwärts Gebietsabtretung zu erlangen, z. B. die Insel Psara. In diesem Falle sei eine Vertheidigung möglich. Es scheint dies ein schlechter Witz zu sein; denn Psara ist ein kleines Eiland bei Chios, das etwa den tausendsten Theil der Seelenzahl hat, welche die Conferenz den Griechen überweisen will. Wenn nicht, so werde Folgendes geschehen: Die Türkei werde dem gemeinsamen Beschluß Europas nicht entgegengetreten, allein die türkischen Soldaten — meist Albanesen — würden maßlosweise desertiren. Daß man die Entscheidung der Berliner Conferenz in der Türkei als ein Unglück betrachtet, ist sicher. Der türkische Botschafter in Berlin soll, nach der „Londoner Corr.“, an die Porte ein Telegramm bezüglich der Conferenz gerichtet haben, worin es heißt: „Alles ist verloren!“ Wie der „Standard“ wissen will, trifft die griechische Regierung Vorbereitungen, um Truppen einzuschiffen und dieselben an den Küsten des von der Türkei abgetretenen Gebiets zu landen.
Die am Sonnabend beendigten Verhandlungen des französischen Senates beanspruchen ein bedeutendes Interesse. Es handelte sich, wie bekannt, um die Annahmeforlage. Ferry und Victor Hugo traten für die Vorlage ein. Jules Simon bekämpfte dieselbe und bestreite, daß die Bevölkerung die Annahmeforlage wünsche. Uebrigens dürfte man nicht immer den Volkswünschen nachgeben; man müsse vielmehr die Nation aufklären. Wenn man Grundslage habe, so dürfe man dieselben noch nicht bedacht aufgeben, weil sie aufgehört hätten, populär zu sein. Wenn man nicht mehr in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung regieren könne, müsse man aufhören zu regieren. Man würde sich gegen Frankreich und gegen die Republik verstellen können, wenn man Wörder und Brandstifter amnestiren wollte. Dazu werde er sich niemals verstehen können, um so weniger, als die Schuldigen nicht die geringste Reue zeigten und in ihrem Doh beharrten. So lange das Wort: Vergessen nur von einer Seite ausgesprochen werde, sei daselbe nur eine Schwäche. Die Amnestie sei keine Vereinigung, denn eine Vereinigung mit gewaltthätigen Menschen sei eine Utopie. Wenn man den Weg der Zugeständnisse einschläge, so würden bald neue Zugeständnisse gefordert werden, und wenn die letzteren verweigert würden, würde man nur auf Reue des Kaiser und die gewonnenen Klärten wieder verlieren.
Jules Simon erinnert demnach an Thiers, welcher Frankreich in Bezug auf seine Finanzen, in Bezug auf die Armee und in Bezug auf den Richterstand wiederhergestellt habe, und fährt fort: Ihre Aufgabe war es, Frankreich auch in Bezug auf die Gemüther wiederherzustellen. Was haben Sie aber gethan? Nichts. Ihre einzige Sorge ist die